Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 75 Goldpfennig u. Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Ins.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mk. Rekl.-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 6.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 89. | Neuenbürg, Montag, den 14. April 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 12. April. Das gegen die „Schwäbische Tagwacht" eingeleitete Landesverratsverfahren hat mit der Einstellung des Verfahrens geendet. Der verantwortliche Schriftleiter Emil Hauth erhielt gestern von der Reichsanwaltschaft in Leipzig die Mitteilung, daß in der Strafsache gegen ihn wegen Landesverrats auf Antrag des Oberreichsanwalts vom 5. Strafsenat des Reichsgerichts beschlossen worden ist, den Angeschuldigten „aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises" außer Verfolgung zu setzen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

München, 11. April. Das auch in der Presse veröffentlichte Gerücht, einige Freunde Adolf Hitlers hätten den Versuch unternommen, diesen aus der Festungshaft in Landsberg zu befreien, entbehrt jeder Grundlage.

Frankfurt a. M., 12. April. Das Zentrum hält zurzeit hier seinen Reichsparteitag. In Verbindung damit fand gestern abend eine große Kundgebung der Partei im Saal des Palmengartens statt. Hierbei ergriff Reichskanzler Marx das Wort zu einer Rede, in der er u. a. erklärte: Die Entscheidungen, die die Regierung in der nächsten Zeit zu treffen hat, erfordern tiefsten Ernst. Die Sachverständigen-Gutachten werden von dem Entschädigungsausschuß behandelt werden. Auch die Micum-Verträge sind abgelaufen und müssen erneuert werden, da die Franzosen sonst neue Eingriffe in die deutsche Wirtschaft vornehmen. In Frankreich hat sich leider noch nicht die Ueberzeugung durchgesetzt, daß Deutschland nicht zahlen kann, wenn seine Industrie fortgesetzt durch französische Maßnahmen gestört wird. Daß es nicht zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kommt, daran ist Deutschland nicht schuld. Wir haben es begrüßt, daß die Sachverständigen der Entente unsere wirtschaftliche Lage prüften. Das Gutachten, das jetzt in Berlin eingegangen ist, ist geeignet, zu einer Grundlage für Verhandlungen zu dienen. Ohne eine Freigabe des besetzten Gebietes ist eine Leistung in der Höhe des im Gutachten Geforderten für Deutschland nicht möglich. Der Ent. hat ebenfalls das Gutachten als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen bezeichnet. Das deutsche Volk hat die harten Tatsachen seiner Lage erkannt und weiß, daß seine innere Politik von der auswärtigen abhängt. Die Erfüllungspolitik hat jetzt weniger Kritiker. Diese befinden sich hauptsächlich bei den Deutschnationalen und den Deutschvölkischen. Diese sagen aber nicht, was sie an die Stelle der Erfüllungspolitik setzen wollen. Wie die Wahl am 4. Mai ausfällt, so wird das Schicksal des Reiches ausfallen und dieses Schicksal bedeutet vielleicht das Ende des Reichs.

Berlin, 12. April. Der „Vorwärts" läßt sich aus München melden, daß die bayerische Regierung eine allgemeine Amnestie vorbereite, die nicht nur den Verurteilten im Hitler-Prozeß, sondern auch den in der Festung Niederschönefelde seit 1919 gefangen gehaltenen Verurteilten des Münchener Kommunistenaufstandes zugute kommen würde. — Es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die nur noch als geschäftsführendes Ministerium amtierende Regierung Knilling einen solchen Schritt unternehmen wird.

Neue Verurteilungen.

Speyer, 12. April. Von den 5362 ausgewiesenen pfälzischen Eisenbahnern durften bis jetzt nur etwa 900 mit Familienangehörigen in die Pfalz zurückkehren. Die Rückkehr geschieht auf Anforderung der Regiebahn. Die Heimgekehrten müssen auf die Regiebahn einen Diensteid ablegen. — Vom französischen Militärpolizeigericht Landau wurden wegen Verbreitung von Schriften, die geeignet sein sollen, die Würde der Besatzungstruppen zu verletzen, Frau Dr. Müller, Rechtsanwalt Beaufort, Staatssekretär Schmidt und Kaufmann Wilke in Ludwigshafen zur Verantwortung gezogen. Sie erhielten jedoch Freisprechung. — Der Bankier Heinrich Müller aus Germersheim wurde, weil er den Kurs des Franken nicht angeschlagen hatte, zu vier Tagen Gefängnis und 150 Goldmark Geldstrafe, der Bankdirektor Schmidt in Speyer wegen des gleichen Vergehens zu 20 Goldmark Geldstrafe verurteilt. — Eine größere Anzahl Personen wurde wieder wegen Paßvergehens zu Freiheitsstrafen bis zu 45 Tagen Gefängnis und eine Anzahl weiterer Personen zu Geldstrafen von 5 bis 20 Goldmark verurteilt.

Eine falsche Voraussetzung der Sachverständigen.

„Deutschland hat unbedeutenden Schaden an Gebiet und wirtschaftlichen Einrichtungen erlitten." — Man traut seinen Augen nicht, diese Behauptung gleich zu Anfang des Dawes-Berichts zu lesen. Wohl meint der Bericht damit zunächst die unmittelbaren Kriegszerstörungen im Land, sie sind allerdings Dank der Tapferkeit und Ausdauer unseres Heeres milde geblieben. Um so furchtbarer aber hat der „Frieden" in deutschen Besitz und deutsche Erwerbsquellen hineingegriffen und Sachverständige von so hohem Rang, wie diejenigen es sind, die Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit untersucht und abgeschätzt haben, müssen doch die dem Deutschen Reich durch den Versailler Frieden beigefügten Verluste an Gebiet und wirtschaftlichen Einrichtungen aus dem Grunde kennen. Hier sei mir kurz an das Wichtigste erinnert: Mit Elsaß-Lothringen hat Deutschland gewaltige Schätze an Kali und Eisen, mit Oberschlesien den nicht minder wertvollen Bodenreichtum an Kohle und Erz, mit Posen, Pomerellen und Nordschleswig riesige Mengen an Brotgetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben eingebüßt. Zu diesen Gebietsverlusten in Europa tritt der Raub sämtlicher Kolonien, die unschätzbare Werte an tropischen Rohstoffen bergen. Und gehören zu den wirtschaftlichen Einrichtungen, die uns der Versailler Gewaltfrieden entriß, nicht die wertvollsten Bestandteile unserer Handelsflotte sowie der private Besitz Deutscher in den ehemals feindlichen Ländern, dessen Liquidation wir im Gegensatze zum früher anerkannten Völkerrecht hinnehmen mußten? Was so an wirtschaftlichen Einrichtungen und an Gebieten dem deutschen Volke verloren ging, beläuft sich auf ungezählte und unschätzbare Goldmilliarden. Nennen die Sachverständigen einen derartigen Verlust „unbedeutend", so sind sie von einer handgreiflich falschen Voraussetzung ausgegangen und haben aus dieser falschen Voraussetzung mit Notwendigkeit falsche, die Leistungsfähigkeit Deutschlands überschätzende Schlüsse ziehen müssen. Eine solche Fehlerquelle in den Berichten der Sachverständigen für die endgültige Regelung der Reparationen nach Gebühr zu betonen, ist eine Forderung, die Deutschland um so entschiedener geltend machen muß, je nachdrücklicher der Dawes-Bericht Deutschlands „moralische" Verpflichtung denen gegenüber betont, „die so schwer durch den Krieg gelitten haben".

Mündliche oder schriftliche Stellungnahme.

Berlin, 12. April. Die Einladung der Reparationskommission ist am Freitag abend telephonisch von der Kriegslastenkommission nach Berlin übermittelt worden, traf aber hier erst ein, nachdem das Kabinett seine Beratungen bereits beendet hatte, die zu dem Entschluß geführt hatten, die Vorbereitungen zur Stellungnahme gegenüber dem Sachverständigengutachten mit größter Beschleunigung fortzusetzen. Die Einladung der Reparationskommission stellt es der deutschen Regierung anheim, ob sie bis zum 17. April Vertreter zu einer mündlichen Besprechung nach Paris entsenden oder schriftlich ihre Stellungnahme bis dahin der Reparationskommission übermitteln will. Die Entscheidung darüber, welche der beiden Möglichkeiten gewählt werden soll, wird vom Kabinett vermutlich erst am Montag in einer gemeinsamen Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder getroffen werden.

Berlin, 12. April. Wie wir erfahren, wird der Reichskanzler anfangs der nächsten Woche auch mit den Führern der Reichstagsfraktionen über die Sachverständigengutachten Besprechungen führen.

Die Micum-Verhandlungen.

Die Verhandlungen mit der Micum in Düsseldorf wurden am Freitag abend ergebnislos abgebrochen. Die Besprechungen drehten sich um die Frage, ob irgendwie die Möglichkeit einer Fixierung der Kohlenlieferungen über den 15. April hinaus gefunden werden könnte. Die Industriellen verlangten die Zusicherung, daß die im Gutachten der Sachverständigen für später vorgesehene Regelung rückwirkend bis zum 15. April Gültigkeit haben solle. Nur unter dieser Voraussetzung wären sie imstande, die Lieferungen fortzusetzen. Die Vertreter der Micum wollten sich darauf nicht einlassen, sondern verlangten unbefristete Verlängerung der Verträge, was die deutschen Industriellen für untragbar erklärten. Die neueste Sitzung zwischen der Micum und der Sechserkommission ist für Sonntag früh vorgesehen. Allem Anschein nach hat die Micum inzwischen die Vorschläge der deutschen Industriellen nach Paris zur Erwägung übermittelt. Neue Besprechungen zwischen der deutschen Regierung und den Industriellen sind vorläufig nicht vorgesehen. Herr Vögler ist zur Zeit auf dem Wege von Paris nach Berlin, aber nur in seiner Eigenschaft als Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg.

Ausland.

Rom, 12. April. „Osservatore Romano", das Organ des Vatikans, kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Sachverständigenbericht mit dem Schreiben, das der Papst im Juli v. Js. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri gerichtet habe, eine überraschende Aehnlichkeit aufweise. Das Blatt betont, daß die Annahme dieser Vorschläge damals eine gefährliche Verbitterung zwischen dem deutschen und französischen Volk vermieden hätte.

Paris, 12. April. Der Senat hat gestern das Gesetz über die sechsjährige Legislaturperiode an einen Sonderausschuß überwiesen und damit zum Ausdruck gebracht, daß er dasselbe vor den Neuwahlen zur Kammer nicht beraten will.

Paris, 12. April. Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps" meldet: Obwohl noch kein Ministerrat stattgefunden hat, hat Theunis sich mit den Hauptmitarbeitern verständigt und man kann schon sagen, daß die belgische Regierung für ihren Fall die Entscheidung der Sachverständigen als Ganzes annehmen wird.

Paris, 12. April. Der Londoner Berichterstatter des „Matin" meldet, daß Macdonald im Unterhaus in aller Kürze, voraussichtlich am Montag, eine Erklärung über den Bericht der Sachverständigen abgeben und dabei der Genugtuung der englischen Regierung und die Hoffnung zum Ausdruck bringen werde, daß die so lange ersehnte Lösung der großen Frage jetzt herannahe.

Washington, 12. April. Washingtoner amtliche Kreise beobachten eine streng neutrale Haltung. Finanzielle amerikanische Kreise finden nach einer „Times"-Meldung das Fehlen jeder Festlegung einer deutschen Gesamtschuld als verhängnisvoll für eine energische amerikanische Beteiligung an den vorgesehenen Anleiheoperationen.

Schweizerische Nachrufe für Stinnes.

Basel, 12. April. Die schweizerischen Zeitungen widmen dem hingeschiedenen deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes überall längere Nachrufe. Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt, wenn im System Stinnes alles aufs letzte berechnet gewesen sei, wie Kenner versichern, so habe doch mit diesem plötzlichen Hinscheiden wohl niemand rechnen können. Menschen vom Schlage Stinnes hätten wenig Zeit, an den Tod zu denken, am wenigsten aber Stinnes in dem Augenblick, wo die Expertenberichte über die Deutschland aufzuerlegenden Zahlungsverpflichtungen und die Erneuerung der Micumverträge in Aussicht standen. Stinnes hätte in der letzten Zeit das Schicksal seines Landes mitbestimmen sollen. Jetzt sei der Platz leer, von dem aus sonst ein gewichtiges Wort ertönte. Die „Nationalzeitung" glaubt, daß mit Hugo Stinnes einer der Hauptmachtfaktoren im Reich und damit auch eine der gefährlichsten Personen verschwinde. Wohl könne in einer chaotischen Nachkriegszeit ein fabelhaftes Organisationstalent wie das von Stinnes von unschätzbarem Nutzen sein, wenn aber alle Fäden in der Hand eines wirtschaftlichen Diktators zusammenliefen, dem jedes Mittel recht sei, seine Macht zu steigern, dann dürfte man den Wert einer solchen Organisation in Frage stellen. Die „Baseler Nachrichten" schreiben, Deutschland habe durch den Tod von Hugo Stinnes den Menschen verloren, den ihm keine republikanische Verfassung abdekretieren könne: den König der deutschen Industrie. Das Reich müsse es schwer büßen, daß gerade sein Industriekönig die Tatsache des verlorenen Krieges nie voll erfaßt habe. Er verstand es, sein Riesenvermögen so geschickt anzulegen, daß es von dem verarmten Reich kaum je zu erfassen sein werde. Die Genfer Zeitung „Suisse" widmet dem Verstorbenen einen sympathischen Nekrolog, in dem sie seine Verdienste für die deutsche Wirtschaft hervorhebt. Sie betont ebenfalls, daß Stinnes für Deutschland zu früh gestorben sei, denn das Land, das durch ihn vom Ruin gerettet wurde, hätte bei den bevorstehenden Verhandlungen auf seinen Rat gehört.

Eine offiziöse Auslassung.

Paris, 11. April. In einer ersten offiziösen Auslassung zum Sachverständigenbericht stellt die Agentur Havas eine Reihe von Irrtümern richtig, die in den ersten Besprechungen der Berichte der Presse enthalten waren. Es sei erklärt worden, daß die Sachverständigenberichte eine erhebliche Herabsetzung des Londoner Zahlungsstatuts und eine Beschneidung der französischen Forderung vorsehen. Diese Behauptung sei unrichtig. Die französische Forderung werde nicht beschnitten, da die Beträge der Annuitäten nicht festgesetzt und deren Zahlen nicht beschränkt seien. Was den Londoner Zahlungsplan anbelange, so habe Ministerpräsident Poincare nicht wie behauptet worden sei, erklärt, daß die Sachverständigen an ihm nicht rühren dürften. Der Londoner Zahlungsplan hätte ja von der Reparationskommission unter den in Artikel 234 und § 13 des Anhanges 2 vom Abschnitt 8 des Friedensvertrages gegebenen Bedingungen revidiert werden können, d. h. die Reparationskommission „besitze alle Vollmachten, um die Zahlungsperioden auszudehnen und die Zahlungsmodalitäten zu ändern." Entgegen gewissen Angaben der Presse sehe auch der Plan der Sachverständigen weit höhere Zahlen für Frankreich vor als der Plan Bonar Laws. Was das Ruhrgebiet anbelangt, so befleißigt sich die Agentur augenscheinlich, aus der allgemein von der Presse beobachteten Reserve auch ihrerseits nicht herauszutreten. Die Sachverständigen, so fährt Havas fort, erklären, daß sie durch den Wortlaut ihres Auftrages nicht befugt seien, die militärische Besatzungsfrage zu prüfen. Sie hätten sich daher auf die Angabe beschränkt, daß die Durchführung ihres Planes die Aufhebung oder Aenderung derjenigen Maßnahmen notwendig mache, die dazu angetan seien, die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands zu beschränken, wenn Deutschland in die Ausführung des Vertrages eingetreten sei und infolgedessen das von den Sachverständigen vorgeschlagene Kontrollsystem annehme. Die französische Regierung habe sich stets geneigt erwiesen, die Ausbeutung ihrer Pfänder gegen andere Pfänder auszutauschen, wenn diese mindestens ebenso produktiv seien, und unter der Bedingung, daß Vorkehrungen getroffen würden, damit die Besetzung des Ruhrgebietes in vollem Umfange wieder hergestellt werden könne, wenn Deutschland den Widerstand wieder aufnehme oder die Zahlungen nicht einhalte. Havas erinnert dann daran, daß Poincare in seiner Rede vom 2. April erklärte: Wenn die Sachverständigen vorschlagen, daß den Alliierten Pfänder zur Verfügung gestellt werden, die sich auf den gesamten Umfang des deutschen Gebietes erstrecken, und daß diese allgemeinen Pfänder ganz oder teilweise anstelle der lokalen Pfänder treten sollten, werden wir diesen Vorschlag ohne Voreingenommenheit prüfen unter der Bedingung, daß es dabei bleibt, und unter der Voraussetzung, daß bis zur endgültigen Bezahlung wir an Ort und Stelle im Ruhrgebiet uns die Innehaltung der Verfalltermine sichern.

Eine Havas-Note.

Paris, 12. April. In einer offiziösen Auslassung der Havasagentur zu dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission heißt es: Die Einstimmigkeit des Beschlusses, durch die Deutschland einer wiederhergestellten alliierten Einheitsfront gegenüber gestellt werde, müsse es nach menschlichem Ermessen veranlassen, auf neue Listen (!) zu verzichten. Die grundsätzliche Zustimmung der Reparationskommission zu dem Plane der Sachverständigen, tue ihrem Rechte, dieses System abzuändern, keinen Abbruch. In dieser Beziehung habe der französische Delegierte nicht verfehlt, einen Vorbehalt allgemeiner Art zu machen, der sich auf die von den Sachverständigen vorgesehenen Mittel zwecks Kontrolle der Durchführung ihres Planes und auf die Garantien bezogen habe, die zu bestimmen, die Sachverständigen keinen Auftrag gehabt hätten, die aber die alliierten Regierungen vielleicht für unerläßlich erachten würden, um Deutschland dahin zu bringen, daß es in Zukunft seine neuen Verpflichtungen halte. Die Ausübung dieses Rechts habe in keiner Weise beschnitten werden können.

Rumänien als Vasall Frankreichs.

Paris, 11. April. Der Abschluß des französisch-rumänischen Freundschaftsvertrages wird mit Genugtuung aufgenommen. Man rückt die Tatsache in den Vordergrund, daß dieses Bündnis den gleichen Charakter besitzt, wie das mit der Tschechoslowakei, also auf einem engen militärischen Zusammenwirken beruht. Dementsprechend werden auch die verbündeten Generalstäbe ihre Aufgaben zu lösen haben. Selbstverständlich richtet sich das Bündnis gegen das angeblich den europäischen Frieden bedrohende Deutschland. Da nach französischer Ueberzeugung ein eventueller osteuropäischer Konflikt unvermeidlich zu einem allgemeinen europäischen Krieg führen

muß, besteht die Bündnispflicht Rumäniens darin, unbedingt zu den Waffen zu greifen. Es ist wahrscheinlich, daß Rumänien von Frankreich weitere Rüstungskredite gegen wichtige Garantien wirtschaftlicher Art erhalten wird.

Ein französisch-japanisches Abkommen?

Paris, 12. April. In hiesigen englischen Kreisen verlautet, daß vor kurzem ein französisch-japanisches Abkommen über gemeinsame Interessen im Stillen Ozean zum Abschluß gelangt sei. Das erste praktische Ergebnis dieser Vereinbarungen war das Vorgehen der Gesandten Frankreichs und Japans in Peking bei Gelegenheit der von Rußland geforderten ostchinesischen Bahnen. Ein Beweis für die Annäherung Japans an Frankreich ist ferner, daß der japanische Vertreter im Völkerbundsrat nicht mehr für den englischen Standpunkt stimmt, sondern für den der Franzosen. Das zeigte sich in der Debatte über die Verwaltung des Saargebiets. Man erwartet jetzt, daß Japan bei nächster Gelegenheit seinen neuen diplomatischen Kurs noch deutlicher betonen werde.

Die Stimmung im Pariser Blätterwald.

Paris, 12. April. Die Reparationskommission hat, wie nach dem Verhalten Poincarés zu erwarten war, die Mitteilungen der Sachverständigen als Basis der Verhandlungen angenommen und die Vertreter des Deutschen Reiches sind für Donnerstag, den 17. d. Mts., zur Meinungsabgabe nach Paris eingeladen, wenn die Reichsregierung einen schriftlichen Bescheid nicht vorziehen sollte. Bis dahin behält sich die Reparationskommission weitere Aktionen vor. Der „Petit Parisien" meint, daß England mit dem vierjährigen Moratorium für Deutschland besonders zufrieden sei. Belgien und Frankreich dagegen seien auch weiterhin zur Räumung des Okkupationsgebietes erst nach Maßgabe der erhaltenen Zahlungen entschlossen. Fehlende Beträge müßten durch Einnahmen der Eisenbahn im unbesetzten Gebiet Deutschlands gedeckt werden. Beschlüsse werden erst nach der Stellungnahme Deutschlands gefaßt. Die Verhandlungen der Micum mit den deutschen Industriellen sind ebenfalls ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen werden am Sonntag fortgesetzt. Es wird mitgeteilt, daß die Großindustriellen der Ruhr eine Kompensationskasse wünschen, wie sie im Rheinland bei anderen Industrien auch besteht. Die Micum verlangt, daß die Lieferungen fortgesetzt werden, bis diese Kasse gegründet sei. Der „Matin" weiß von diesen Berichten des „Petit Parisien" nichts. Er bezeichnet dagegen die Ausdrucksweise Stresemanns als undiplomatisch, der die in Zeblendorf gegen die Expertenberichte erhobene Kritik als zu Recht erklärt. Herr Sorge soll sich für die Annahme des Berichtes ausgesprochen haben. Für Montag sollen die Präsidenten der deutschen Staaten nach Berlin berufen sein. Der „Matin" erwartet für Montag die Mitteilung des Einverständnisses Macdonalds im Unterhaus. Im „Echo de Paris" staunt man über das neuerliche Sinken des Franken, trotzdem Deutschland den Bericht der Experten annehme. Der neue französische Finanzminister soll das Zeichen zum fortgesetzten Sturz des Franken noch nicht gegeben haben. Pertinax, der an der Spitze der nationalistischen Strömung in Frankreich steht, schreibt, Barthou habe betont, die Regierung müßte Maßregeln ergreifen, Sanktionen feststellen, Uebergangsbestimmungen verfügen, Beschlüsse wegen der alliierten, zum mindesten aber der englischen Schulden fassen. Alles so, wie es in dem jetzigen Bericht vorgeschlagen werde. Pertinax will weiter wissen, daß bei Beratung des dritten Paragraphen des ersten Teils der Berichte die Kontrolle als effektiv bezeichnet worden sei. Man hatte sie damals auch als genügend bezeichnet. Den französischen Delegierten sei es gelungen, das Wort „Genügend" auszumerzen. Wie sollen nun die weiteren Verhandlungen beginnen? Pertinax erwartet eine scharfe Debatte. Es gäbe kein strenges Mittel, es sei auch das Datum des 17. April zu nahe, bis dahin werde doch keine Einigung in der Revarotionsfrage bestehen. Jetzt könnten die Engländer die Vorteile der Ruhrbesetzung kennen lernen, mit deren Funktionen sie sich niemals beschäftigen wollten.

Das französisch-rumänische Bündnis.

London, 12. April. „Daily News" meldet aus Paris, die Gerüchte von bevorstehenden Verhandlungen über einen französisch-rumänischen Vertrag in Paris würden vom Quai d'Orsay für verfrüht erklärt. Sie könnten jedoch als richtig hingenommen werden. Ebenso wie der Vertrag mit der Tschechoslovakei, dessen Ergänzung dieser Vertrag sein würde, werde er für rein defentiv erklärt und soll auch beim Völkerbund registriert werden. Frankreich wolle auf diese Weise den Ring von Stahl verstärken, mit dem es hofft, sich einem möglichen russisch-deutschen Angriff von der Ostseite zu widersetzen. Die Mitteilung über den Vertrag im gegenwärtigen Augenblick habe besonderes Interesse wegen der drohenden Krise in der bessarabischen Frage.

Paris, 12. April. Gegen den geplanten französisch-rumänischen Allianzvertrag nehmen nicht nur die sozialistischen Blätter, sondern auch „Victoire" Stellung. „Populaire" schreibt, der französisch-rumänische Vertrag sei höchst gefährlich, weil das ungeklärte bessarabische Problem bei der ersten Gelegenheit zu einem Zwist führen müsse. Andererseits vermehre die Anwesenheit des rumänischen Kriegsministers in Warschau notgedrungen die Befürchtungen Moskaus. Die Politik in Bukarest und Warschau sei nicht geeignet, die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu beschleunigen. — Der „Peuple" schreibt, die französisch-rumänische Konvention stelle wie die französisch-tschechische unter den heutigen Umständen einen bedauerlichen Vorgang dar angesichts der Drohungen, die zwischen beiden Ufern des Dnjestrs ausgetauscht würden. Eine unmittelbare Folge könne nur die sein, daß Frankreich ohne Befragen in einen militärischen Zwist mit Rußland verwickelt werde.

Poincarés Vorbehalte.

London, 12. April. Blättermeldungen zufolge haben der Premierminister, Schatzkanzler Snowden, und Sachverständige des Schatzamtes gestern erneut eingehend die Gutachten der Sachverständigen erörtert. Reuter berichtet aus Paris, die Schwierigkeit, Einstimmigkeit zwischen den Regierungen über die Anwendungen des Sachverständigenplanes herzustellen, werde immer deutlicher. Trotz des offiziellen Schweigens der französischen Regierung lüfte die inspizierte französische Presse den Schleier von den Absichten der Regierung. Es scheine danach, daß das Ruhrgebiet die Trumpfkarte Frankreichs bei den alliierten Verhandlungen bilden solle. Der Sachverständigenplan setze die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes voraus. Frankreich werde unter folgenden Bedingungen zustimmen: 1. Versprechen der Alliierten Frankreichs, sich Frankreich bei der Auferlegung von Sanktionen anzuschließen, falls Deutschland versäume, den Plan auszuführen. 2. Teilstelle, wenn nicht vollkommene Streichung der interalliierten Schulden, besonders der Schuld Frankreichs an Großbritannien.

Englischer Außenhandel.

London, 12. April. Der Wert der Einfuhr betrug im Monat März 109 728 630 Pfund Sterling. Das entspricht einer Zunahme um 13 701 085 Pfund Sterling gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr erreichte eine Höhe von 61 102 767 Pfund Sterling, das sind 189 077 Pfund Sterling mehr.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 14. April. Mehr denn sonst zu einer Zeit übt gerade in heutiger sturmbewegter Zeit der Name und das Gedenken des Altreichskanzlers Bismarcks eine außergewöhnliche Anziehungskraft aus. Das zeigte sich auch in der am Samstag von der hiesigen Ortsgruppe der Vaterländischen Verbände Württembergs im Gasthof zum „Bären" veranstalteten Bismarckfeier. Schon um 8 Uhr waren sämtliche Räume dicht gefüllt von Angehörigen beiderlei Geschlechts aus allen Ständen und Berufen aus Stadt und Bezirk, sowie Angehörigen des Wicking-Bundes Pforzheim und der hiesigen Bismarckjugend. Der Saal war festlich geschmückt und dekoriert mit Tannengrün, neben den württembergischen Landesfarben prangte auf hohem Sockel, umrankt von Tannengrün und befriedet von den Fahnen des Veteranen- und Kriegervereins und der Bismarckjugend, die prächtige Büste unseres Altreichskanzlers Bismarck. Nachdem der Hohenfriedberger-Marsch verklungen war, nahm Hauptmann Leuchtenberger das Wort, zu einer Ansprache, in der er nach herzlichen Begrüßungsworten für den zahlreichen Besuch dankte und besonderen Dank und Gruß entbot dem Hauptredner des Abends, dem Vorsitzenden der Vereinigten Vaterländischen Verbände Württembergs: Alfred Roth, Stuttgart, der persönlich die Festrede halten und dadurch dem Abend die rechte Weihe geben wolle. Es gelte, so führte der Redner u. a. aus, heute des Mannes zu gedenken, der am 1. April vor 100 Jahren das Licht der Welt erblickte und ein wahres Geschenk für uns Deutsche wurde: des Fürsten Otto von Bismarck. Ihm war es vergönnt, das Sehnen und die Träume der Patrioten wahr zu machen, das große einige deutsche Reich und ein herrliches Kaiserreich zu schaffen. Das Erbe, das er uns hinterließ, haben wir leider nicht erworben, um es zu besitzen. In tiefem, tiefem Sturz liege das Werk Bismarcks vernichtet, kraftlos am Boden, die deutschen Heldentaten des Weltkrieges seien vergessen. Da sei es ein besonderes Verdienst der deutschen vaterländischen Jugend, daß sie den Heldengeist der Väter tief in ihrem Innern sich bewahrt habe. Wer hat uns aus dem Bolschewismus errettet, wer an der Ostmark gekämpft und geblutet, wer hat an Rhein, Ruhr und Pfalz das Leben eingesetzt? Die deutsche Jugend! Das sei ihr unvergessen! Das sei Geist vom Geiste Bismarcks. Bismarcks Geist reinigt uns von selbstischen Gedanken, von Schmach und Nachgiebigkeit, Bismarcks Geist führt uns im Kampfe gegen alles Undeutsche, Bismarcks Geist lehrt uns auch sittlich Großes zu leisten gegen jene, die unseren Frieden störten, die unsere Brüder mordeten, deutsche Frauen und Schwestern schändeten und noch schänden, die uns Länder raubten, die unser ganzes Volk in Armut stürzten. Angesichts Bismarcks, angesichts der ruhmreichen, unbesiegten stolzen Fahnen schwarz-weiß-rot, der Schöpfung Bismarcks, wollen wir geloben: Wir wollen den Geist Bismarcks neu pflegen, wir wollen den Willen in uns stärken, das Leben einzusetzen für die Freiheit des geliebten Vaterlandes, damit wenigstens unsere Kinder wieder mit freierer Brust singen können: O Deutschland hoch in Ehren! Spontan erklang, von der ganzen Versammlung stehend gesungen, dieses Lied. Starker Beifall lohnte den Redner für seine kerndeutschen Ausführungen. Ein markiger Vorspruch zu Ehren Bismarcks, von einem Vertreter des Wichingbundes Pforzheim folgte und nach dem Kaiser Friedrich-Marsch betrat, stürmisch begrüßt, der Festredner, Alfred Roth, das Podium, um in etwa einstündiger, von hoher, vaterländischer Begeisterung durchglühten Rede den lautlos Horchenden die Taten und das Wesen Bismarcks vor Augen zu führen und im Hinblick auf die gegenwärtige Zeitlage das Gebot der Stunde für jeden wahrhaft guten Deutschen zu betonen. Als er seine Ausführungen, auf die wir noch zurückkommen, mit der Aufforderung schloß:

Die Hände frei, die Sinne hell und klar,
Die Seele keusch, das Herz voll Gottvertrauen:
So steht als Priester vor des Volks Altar,
So sollt dem Schicksal ihr ins Antlitz schauen!
Verzweifelt nicht! — Weicht nicht verzagt zurück!
Erhebt das Siegfrieds Schwert zu wuchtigen Hieben!
Denkt an den Preis, des deutschen Volkes Glück,
Und was euch bändigt, wird in Spreu zerstieben!
Zerbrecht die Schranke, die zurück euch hält!
Dem Mutigen allein gehört die Welt!

da setzte langanhaltender, stürmischer Beifall ein. Gedichtvorträge von Angehörigen des Wichingbundes heiteren und ernsten Inhalts, gemeinsam gesungene vaterländische Lieder und Musikvorträge der Feuerwehrkapelle, die an diesem Abend ihr Bestes bot und nicht geizte, wechselten stimmvoll mit einander ab. In seinem Schlußwort sprach Dr. Böpple namens der Ortsgruppe allen, die dazu beitrugen, den Abend zu einem so erhebenden zu gestalten, herzlichen Dank aus. Dank sagte er auch allen Kameraden und Freunden der Sache von hier und auswärts, die weder Zeit, Mühe noch Opfer scheuten, die Ortsgruppe mit ihrem Besuch zu beehren. Im Sinne aller glaube er zu sprechen, wenn er dem Festredner des Abends, Herrn Alfred Roth, danke für die trefflichen Ausführungen, die tief zu Gemüt gingen. Er habe durch seine zündenden Worte es verstanden, zu zeigen, was es heißt, deutsch zu fühlen und deutsch zu denken, er habe Wege gezeigt, um unser geknechtetes Volk wieder herauszuführen aus der Schmach und den Sklavenketten, gezeigt, was notwendig sei für die kommende Zeit. Wir wollen und können ihm nicht besser danken, als wenn wir im stillen geloben, als Vorkämpfer für das Deutschtum unsere Schuldigkeit zu tun, so wie es Bismarck tat, dann werden wir durch Not und Elend, in die wir geraten sind, eine starke Kampfgemeinschaft darstellen und aus dieser heraus uns durchringen zu einer Volksgemeinschaft. Wir wollen hoffen und wünschen, daß, wenn uns ein gütiges Geschick einen deutschen Mann wie Bismarck beschert, wir dann gerüstet sein werden, um wieder wehrhaft zu sein, um wirklich deutsche Männer zu sein, die zur Tat bereit sind. Dann wird auch uns wieder ein deutscher Frühling erblühen und auch wir können dann mit Recht sagen, daß wir uns durchgerungen haben durch Kampf zum Sieg, durch Winternacht zum Licht. In einem brausend aufgenommene Heil auf das geliebte deutsche Vaterland klang sein Schlußwort aus. Weitere Musikvorträge und gemeinsam gesungene Lieder trugen zur Belebung des Abends bei, der einen erhebenden Verlauf ohne jegliche Störung nahm.

Neuenbürg, 14. April. Ein Riese von einem Eichbaum wurde in den letzten Tagen beim Maienplatz gefällt. Der stattliche Baum hatte einen Durchmesser von 1,80 Meter und lieferte eine Holzmenge von 24 Meter.

Wildbad, 12. April. Eine neue Jugendherberge, die nicht nur für Uebernachtungszwecke bestimmt ist, sondern zugleich Erholungs- und Urlaubsstätte sein wird, ist vom Jugendbund des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Gruppe Groß-Stuttgart, in Württemberg in Calmbach eröffnet worden.

Württemberg.

Stuttgart, 12. April. (Buchdruckerstreik.) Da gestern mittag das Personal der Stuttgarter Buchdruckereigesellschaft, von der der Staatsanzeiger gedruckt wird, in den Streik getreten ist, obwohl ihm für die vergangene Woche der tarifliche Mindestlohn von 36,90—40 Mark auf 36,35—43,40 Mark erhöht worden ist, so konnte, wie schon kurz mitgeteilt, die gestrige Nummer des Staatsanzeigers nicht erscheinen. Er wird heute zunächst in verkürzter Ausgabe herauskommen.

Stuttgart, 12. April. (Rege Tätigkeit bei der Stuttgarter Münze.) Die Notwendigkeit, mehr und mehr auch Hartkleingeld in Gestalt von 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigen in die Hände der Allgemeinheit zu bringen, hat die Tätigkeit auch bei der Stuttgarter Münze seit einiger Zeit ganz gewaltig gesteigert. Es wird mit Hochdruck gearbeitet, so daß täglich bis zu 200 Beutel mit Hartgeld der verschiedensten Sorten bis weit hinaus nach Mitteldeutschland versandt werden können.

Stuttgart, 12. April. (Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe.) Eine vom württ. Mittelstandsbund für Gewerbe und Handel einberufene zahlreich besuchte Versammlung der Handel- und Gewerbetreibenden nahm eine Entschließung an, worin von der Regierung und der Volksvertretung angesichts der gefährdeten Lage des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstands die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Erhaltung seiner Existenz, wie dies in der Verfassung gewährleistet ist, verlangt werden. Insbesondere wird gefordert eine erträgliche Gewerbesteuer, die auf Grund des Gewerbeertrags festgestellt werden muß, die Aufhebung der Preistreiberei-verordnung und Freiheit des Handels. Eine steuerliche Begünstigung der Consumvereine soll unter allen Umständen abgelehnt werden.

Schwalgern, 13. April. (Der Storch im Drahtnetz.) Ein auf einem Hausdach in der Bahnhofstraße hängender toter Storch erregte Aufsehen. Er hatte sich in den Telephondrähten verfangen. Ein beherzter Telephonarbeiter holte das Tier zum Firste herab. Es handelt sich anscheinend um einen fremden Vogel, denn nach wie vor thront das vor Wochen eingetroffene Storchenpaar auf seinem luftigen Nest am Marktplatz.

Flein, O.-A. Heilbronn, 12. April. (Schweizerhilfe.) Durch Vermittlung des Ortsgeistlichen hat die Gemeinde Erlswil, Kanton Bern, neben einer Geldsumme 33 Frachtstücke (Lebensmittel und Kleider) an die hiesigen Armen und Bedürftigen geschickt.

Schramberg, 12. April. (Zu Fuß um die Erde.) Von dem Weltreisenden Heinz Schäfer ist wieder ein Lebenszeichen hierher gelangt. Es ist eine Postkarte aus Trebizond im nördlichen Anatolien, in der er mitteilt, daß er gesund ist und sich auf dem Wege nach Persien befindet.

Oberndorf, 13. April. (Brand.) In der Bezirksgemeinde Reutin ist nachts das große Anwesen des Ortsvorstehers abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Eine gerichtsbekannte Person hat in der fraglichen Nacht dort in einem Gasthaus übernachtet und es ist in diesem Zeitpunkt eine Kerze abhanden gekommen.

Rottweil, 13. April. (Stadtvorstandswahl.) Bei der heutigen Stadtvorstandswahl haben von ca. 6000 Wahlberechtigten 5062 abgestimmt. Dabei erhielt der Kandidat des Zentrums, Regierungsrat Abrell in Stuttgart, 3019, Gerichtsassessor Hirzel-Horb 2038 Stimmen. Regierungsrat Abrell ist also mit einer Mehrheit 981 Stimmen gewählt. Die übrigen Kandidaten waren zurückgetreten.

Stetten, O.-A. Rottweil, 12. April. (Der Goldfund.) Bei dem Goldfund dürfte es sich um erspartes Geld des verstorbenen Bäckermeisters Fr. Wiedmaier handeln, das dieser noch zu Lebzeiten ohne Wissen seiner Angehörigen in der Bäckerei verwahrte. Letztere verbrachten nach des Vaters Tod den durch bauliche Veränderungen in der Backstube angefallenen Schutt an die Fundstelle des Goldes und vermutlich hat sich die wertvolle Blechbüchse darin befunden. Auch die anderen gefundenen Gegenstände (Messingewicht), die dabei lagen, dürften aus der Bäckerei stammen. Die Goldstücke sollen sich nun in amtlicher Verwahrung befinden.

Ulm a. D., 12. April. (Jung verdorben. — Selbstmord. — Mißbrauchte Wohltätigkeit. — Erpresser.) Ein junger Kaufmann, der das Vertrauen einer Ulmer Großfirma besaß, verstand es, durch raffinierte Fälschungen von Kassenbelegen seine Firma über die Dauer eines Jahres in fortgesetzter Handlung um erhebliche Geldbeträge zu schädigen. Seine Gedesseradigkeit und seine Genußsucht brachten ihn auf diese Abwege. Er ist dem Gericht übergeben. — Eine Haushälterin in der Friedensstraße hat ihrem Leben durch Gasvergiftung ein Ende bereitet. Sie nahm den Schlauch des Gasherdes und setzte sich neben den geöffneten Gashahnen nicht ohne zuvor alle sämtliche Türen von innen abgeschlossen und sowohl Fenster wie Türen mit Papier und schmutziger Wäsche abgedichtet zu haben. Verlust ihres Vermögens durch die Inflation dürfte wohl die Hauptursache zu dem Schritt gewesen sein. — Die Wohltätigkeit von verschiedenen Geschäftsleuten wurde in den letzten Wochen dadurch mißbraucht, daß verschiedene nicht berufene Personen „milde Gaben" für die Kleidung von Kommunikanten und Konfirmanden einsammelten. Die Kirchenvorstände kamen aber rechtzeitig hinter dieses Gauner- und erstatteten Anzeige. Es ist gelungen, 2 der Täter, eine Frau Treiber, ohne Mannsperson zu ermitteln und sie der Bestrafung zuzuführen. Ein wegen Straßenraubs vorbestrafter Mann glaubte sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis dadurch Geld verschaffen zu können, daß er an den Hauptzeugen in seiner Strafsache, einem Ulmer Bürger, einen Erpresser- und Drohbrief schrieb und diesen veranlassen wollte, ihm an einem bestimmten Platz 100 Rentenmark auszuhändigen. Durch rechtzeitige Anzeige konnte der Ulmer Bürger vor Schaden bewahrt und der Erpresser festgenommen und dem Gericht übergeben werden.

Heidenheim, 13. April. (Französische Unfähigkeit.) Eine hiesige Großfirma erhielt in der letzten Zeit größere Kohlensendungen aus Holland, die über die Regiestrecken befördert wurden. Während diese Sendungen auf den deutschen Bahnen durchschnittlich 4 Tage unterwegs waren, benötigten sie von der holländischen Grenze bis zum Uebergang auf die Reichsbahn nicht weniger als 48—50 Tage; ein Beweis für die ganz ungenügenden Betriebsleistungen der Regiebahnen. Früher wären diese Wagen in etwa 8 Tagen in Heidenheim eingegangen. Unter dem Wagen befand sich auch eine für Heidenheim angeschriebene, aber nach Niederlahnstein gehörige Kohlenladung von Holland, die ihren Bestimmungsort erst nach mehr wie zweimonatiger Reisedauer erreichen kann. Kommentar überflüssig.

Weißbach OA. Künzelsau, 13. April. (Wiedergefunden.) Im Herbst 1899, kurz nach ihrer Hochzeit, verlor die Ehefrau des Bachmüllers Karl Dittmann beim Strohauffangen ihren Ehering. Nach nunmehr 25 Jahren wurde er jetzt beim Bahnbau wiedergefunden und der Verliererin zurückerstattet.

Vermischtes.

4 Arbeiter überfahren. In der vergangenen Nacht wurden zwischen Lehrter Bahnhof und dem Bahnhof Bellevue der Berliner Stadtbahn vier Eisenbahnarbeiter von einem Personenzug überfahren und getötet. Die Arbeiter hatten, da sie sich verspätet und ohne Aufsicht an ihre Arbeitsstätten begeben hatten, von dem Herannahmen des Zuges keine Kenntnis.

Erdbeben in Italien. Aqua Pendente und Orvinio sind von einem Erdbeben heimgesucht worden. Fünfzig zum Teil heftige Erdstöße sind verspürt worden. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, aber die Wohnungen wurden zum größten Teil geräumt. Einzelne Häuser sind eingestürzt.

Erdbeben in Spanien. In der Provinz Granada dauern die heftigen Erdstöße, die von gewaltigen Erd- und Bergrutschen begleitet sind, fort. Die Bevölkerung flüchtet in Massen aus den bedrohten Gebieten.

Auf der Suche nach dem Schatz der Armada. Der berühmte spanische Schatz von rund 30 Millionen Goldstücken, den das Meer auf der Höhe von Schottland verschlang, als im Jahre 1588 das Admiralsschiff der unbesieglichen Armada unterging, hat von jeher unerschrockene Abenteurer gelockt. Im Jahre 1919 ist es Oberst Foß nach mehrjährigen Nachforschungen gelungen, die genaue Stelle ausfindig zu machen, wo das Wrack auf dem Meeresgrunde ruht. Der Ort ist in der Nähe des kleinen Dorfes Tobermory an der Westküste Schottlands. Miß Margaret Naylor, die erste Taucherin, stieg am angegebenen Ort auf den Grund des Meeres und fand das von einer Meter

dicken Schicht von Schlamm und Sand bedeckte Wrack. Im Frühling will sie nun ihre Arbeiten wieder aufnehmen, und sie hofft, durch die Schicht durchdringen und den berühmten Schatz heben zu können.

Handel und Verkehr.

Calw, 12. April. (Vieh- und Schweinemarkt.) Zufuhr: 8 Ochsen, 12 Stiere, 1 Farren, 44 Kühe, 42 Kalbinnen und 32 Rinder. Die Kauflust war gering. Der Geldmangel bei den Landwirten machte sich stark bemerkbar. Erlöst wurden für Ochsen 700—800 Mk., für Zugstiere 400—500, für Kühe 230—500, und für Rinder 150 bis 400 Mark je das Stück. — Auf dem Schweinemarkt 26 Läufer und 125 Milchschweine zugeführt. Läufer kosteten 70—100 Mark, Milchschweine 20—30 Mark je das Stück.

Winnenden, 12. April. (Markt.) Dem Schweinemarkt waren 36 Milch- und 7 Läuferschweine zugeführt. Preis für Milchschweine 24—28 Mark, für Läufer 40—60 Mark, je das Stück. — Die Zufuhr zum Fruchtmarkt betrug 55 Zentner Weizen, 122 Zentner Haber, 16 Zentner Dinkel, 9 Zentner Roggen und 4 Zentner Gerste. Preis für Weizen 10.50—11, Haber 8.50, Dinkel 7.50—8, Roggen 9—10 und Gerste 10—10.50 je Zentner. — Frische Landeier kosteten 9—11 Pfennig das Stück und Landbutter 2—2.30 Mark das Pfund.

Kirchheim u. T., 11. April. (Fruchtschranne.) Zufuhr: 25 Zentner Gerste; alles verkauft. Preis 11,5—13 Mark per Zentner.

Tuttlingen, 11. April. (Schranne.) Zufuhr 5 Zentner Weizen, 4 Zentner Gerste, 30 Zentner Haber und 2 Zentner Roggen. Es kostete per Zentner: Weizen 11 Mark, Gerste 11 Mark, Haber 9,50 Mark und Roggen 7,50 Mark.

Ebingen, 10. April. (Fruchtmarkt.) Zufuhr: 163 Ztr. Haber und 23,4 Ztr. Gerste. Preis für Haber 8—9, Gerste 10,50—11 Mk. per Ztr.

Ulm, 12. April. (Pferdemarkt.) Zutrieb 400 Pferde. Preis für schwere, jüngere Arbeitspferde 2000—2500 Mk.; jüngere mittlere Arbeitspferde 1500—2000 Mark, ältere 500—1200 Mark, zweijährige Fohlen 800—1200 Mark, einjährige 500—800 Mark, Schlachtpferde 80—120 Mark. Der Handel war flau.

Schweinemärkte. Dem Schweinemarkt in Heilbronn waren 709 Milch- und 40 Läuferschweine zugeführt. Erstere kosteten 20—30 Mark, letztere 35—50 Mark das Stück. — In Lauingen waren 389 Saug- und 51 Läuferschweine zugeführt. Bei mittlerem Handel wurden für Saugschweine 25 bis 50 Mark, für Läufer 60—120 Mark das Paar erzielt. — In Backnang betrug der Auftrieb 100 Milchschweine, wovon 70 zum Preis von 20—30 Mark das Stück verkauft wurden. — Dem Creglinger Schweinemarkt waren 72 Milchschweine zugeführt. 50 Stück wurden zum Paarpreis von 40 bis 50 Mark bei stetem Handel verkauft. — Auf dem Schömberger Schweinemarkt betrug die Zufuhr 48 Stück, die alle verkauft wurden. Bei lebhaftem Handel kostete das Paar 41 bis 68 Mark. — In Spaichingen waren 101 Stück zugeführt. Es kostete das Stück 17—30 Mark. Ein kleiner Rest blieb unverkauft.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, 13. April. In den letzten Tagen ist im Hochschwarzwald als Folge des starken Temperaturwechsels Schneefall eingetreten. Heute Sonntag herrscht Schneesturm. Es fielen 55 cm. Neuschnee, sodaß die Schneedecke bis jetzt ungefähr 2½ Mtr. beträgt. Größere Verkehrsstörungen sind aber nicht eingetreten.

Düsseldorf, 13. April. Die heutigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum, die um 10 Uhr vorm. begonnen und bis 5½ Uhr nachm. dauerten, wurden durch die bekannte Entscheidung der Repko vom 11. April erleichtert. Es wurde in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt und es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die morgen vormittag fortgeführt werden, vor Ablauf des Vertrages zu einem Abschluß führen.

Berlin, 12. April. Wie die Blätter melden, ist das altangesehene Privatbankhaus Louis David in Bonn in Zahlungsschwierigkeiten geraten infolge seiner geschäftlichen Verbindung mit dem großen Spirituosenunternehmen Leopold Loeb A.-G. Die Firma Louis David hatte an die Loeb A.-G. vor einiger Zeit Zahlungen in Höhe von 2,5 Millionen Mark geleistet, wofür ihr als Gegenwert in der Hauptsache 12 Millionen französische Francs zugesagt worden waren, aber dann von der Loeb A.-G. nicht geliefert worden sind. Es wird voraussichtlich zur Insolvenz der Loeb A.-G. und Liquidation des Bankhauses Louis David kommen.

Memel, 12. April. Wie das Memeler Dampfboot meldet, wurde das Boot des Fischers Ermoneit aus Mellneragen auf der Höhe von Schwarzort von dem holländischen Motorsegler „Baldur" übersegelt und zum Kentern gebracht. Die aus 10 Mann bestehende Besatzung des Bootes stürzte ins Wasser; es wurden leider nur 4 Personen gerettet. „Baldur" ist heute mit den Geretteten in Memel eingetroffen.

Warschau, 13. April. Heute kam der von der Sowjetregierung aus dem Gefängnis freigelassene Erzbischof Cieplak hier an und wurde auf dem Bahnhof von Kardinal Krakowski, dem Erzbischof Kopp und zahlreichen Vertretern öffentlicher Verbände und Organisationen empfangen und begeistert begrüßt.

Paris, 13. April. Wie Havas aus Koblenz meldet, hat die Eisenbahnregie bekannt gegeben, daß sie jetzt in der Lage sei, auf ihre eigene Verantwortung die Bahnübergänge zu bewachen. Sie hat deshalb die Verordnung aufgehoben, die den Gemeinden die Pflicht der Ueberwachung auferlegt.

Paris, 13. April. Der Senat hat gestern das Pensionsgesetz und den Sonderentwurf betr. die Pensionen der Staatsarbeiter in der von der Kammer angenommenen Fassung genehmigt.

Paris, 13. April. Im „Journal Officiel" erschien eine Verordnung über die Neuwahlen am 11. Mai. Die Stichwahlen finden am 25. Mai statt. Die neue Kammer wird am 1. Juni zusammentreten. Sie wird nach den letzten Beschlüssen des Parlaments nur noch 584 anstatt 626 Abgeordnete umfassen.

Brüssel, 13. April. Wie „Derniere Heure" meldet, empfing der Außenminister den deutschen Gesandten und hatte mit ihm eine Besprechung über die Micumverträge. Der Ausgang der Besprechung berechtigt nach dem Blatt zu der Annahme, daß die wirtschaftlichen Abmachungen mit Deutschland, die am 15. April ablaufen, zu einer Neuregelung gelangen.

Moskau, 12. April. Wie aus Kischinew berichtet wird, hat die rumänische Regierung über Bessarabien und andere Gebiete der nationalen Minderheit den Ausnahmezustand verhängt. Die Versammlungsfreiheit ist endgültig abgeschafft worden. Die Regierungspresse erklärt offen, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes durch das Scheitern der Wiener Verhandlungen und insbesondere durch den Vorschlag der Sowjetunion, eine Volksabstimmung vorzunehmen, hervorgerufen worden sei.

Ein Elternmörder.

Essen, 14. April. Unter dem Verdacht des Giftmordes an seinen Eltern wurde der 22jährige Sohn des Fabrikbesitzers Georg Müller verhaftet. Er soll zuerst den Vater vergiftet haben, um die Leitung der Fabrik und die Verfügung über das väterliche Vermögen zu erhalten und dann eine Krankenschwester zu heiraten. Als sich die Mutter Müllers dem Plane widersetzte, soll der Sohn 3 Wochen später auch seine Mutter vergiftet haben. Der Verhaftete bestreitet bei seiner Vernehmung jede Schuld. Als er nach der Vernehmung wieder in Haft abgeführt wurde, stürzte er sich aus einem Fenster des zweiten Stockwerks und erlitt einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen.

Die Hauszinssteuer.

Die Ministeriellen Durchführungsbestimmungen über die Regelung der mit der Hauszinssteuer in Verbindung stehenden Fragen sind der „Vossischen Zeitung" zufolge in Kürze zu erwarten. Man schätzt nach dem Blatt den Ertrag der Steuer unter Zugrundelegung des 16prozentigen Zuschlages zur Friedensmiete auf 480 Millionen Mark. Von dieser Summe soll die Hälfte der Neubautätigkeit zugeführt werden. Nimmt man an, daß etwa 60 Millionen auf Verwaltungskosten und auf nicht beitreibbare Steuern entfallen, so bleibt eine verfügbare Summe von 180 Millionen Mark. Rechnet man für den Bau einer neuen Wohnung den Staatszuschuß auf 3000 Mark, so ließen sich 60 000 neue Wohnungen herstellen, vorausgesetzt, daß der Rest der Baukosten durch Hypotheken aufgebracht wird. Finanzminister Richter erklärte u. a.: Aus der Hauszinssteuer werde für allgemeine Staatszwecke noch mehr herausgeholt werden müssen. Der parlamentarische Apparat, insbesondere der Landtag mit über 400 Mitgliedern, müsse abgebaut werden. Im Gegensatz zu früher beziehe der Abgeordnete jetzt für volle zwölf Monate seine Aufwandsentschädigung, und Abgeordneter sein, sei zum Berufe geworden. Viele Bestimmungen in der Weimarer Verfassung erklären sich aus dem Bestreben, einen Einheitsstaat zu erreichen. Es stellte sich aber heraus, daß dieser Einheitsstaat der Mentalität des deutschen Volkes nicht entspreche. Zur Zeit seien wir von dem deutschen Einheitsstaat weiter entfernt als je; deshalb müßten wir den Gliedstaaten ihre Existenz ermöglichen. Es müsse versucht werden, Preußen seine Stellung innerhalb des Reiches wiederzugeben, die es früher hatte. Zerschlüge man Preußen, so würden wir wieder das heilige römische Reich deutscher Nation werden, ohnmächtig nach außen und zerrissen durch Streitigkeiten im Innern, und damit würde das Ziel erreicht sein, das die Franzosen erstreben. Einem starken Preußen ständen aber eine Reihe von Bestimmungen in der Reichsverfassung entgegen, besonders auch Art. 63, welcher die Stellung Preußens im Reichsrat schwäche. Unsere Aufgabe sei, in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes durch einen scharf gedrosselten Haushalt dafür zu sorgen, daß die Währung erhalten bleibe.

Eine Denkschrift über die Besatzungskosten.

Berlin, 12. April. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete hat am 1. 4. dem Reichsrat eine vierte Denkschrift über die Besatzungskosten mit einem Anhang über die Ausgaben der interalliierten Kommissionen vorgelegt. Hiernach betragen die vom Deutschen Reich aufgewendeten Ausgaben für den Unterhalt der Besatzungsarmeen am Rhein bis Ende Dezember 1923 5 145 199 025 Goldmark. Die Ausgaben für die interalliierten Kommissionen belaufen sich für den gleichen Zeitraum auf 109 030 025 Goldmark, zusammen 5 254 229 050 Goldmark. Die Summe unproduktiver Ausgaben nur für die Besatzungsarmeen übersteigt demnach die gesamte von Frankreich nach dem verlorenen Kriege des Jahres 1870 an Deutschland gezahlte Kriegsentschädigung von 5 000 000 000 Francs. Die diese Ausgaben verursachende Besatzungsstärke von zur Zeit rund 200 000 Mann beträgt ferner das Doppelte der gesamten deutschen Reichswehr, die bekanntlich höchstens 100 000 Köpfe stark sein darf. Endlich sei folgendes festgestellt: in den letzten vier Jahren unmittelbar vor dem Kriege betrugen die Ausgaben des Deutschen Reiches für seinen Militäraufwand (Heer, Flotte, Reichsmilitärgericht) unter Zugrundelegung der Etatziffern (siehe das statistische Jahrbuch von 1913) für das Rechnungsjahr 1910 rund 862 000 000 Goldmark, für das Rechnungsjahr 1911 rund 879 000 000 Goldmark, für das Rechnungsjahr 1912 rund 967 000 000 Goldmark, für das Rechnungsjahr 1913 rund 1 061 000 000 Goldmark, 1910 bis 1913 zusammen rund 3 789 000 000 Goldmark. Die durchschnittliche Jahresausgabe Deutschlands für die Besatzungsarmeen (1919 bis 1923, gleich 5 Jahre) von über 1 Milliarde Goldmark übersteigt somit die Durchschnitts-Jahresausgabe des gesamten deutschen Heeres- und Marine-Etats der Jahre 1910 bis 1913. Die 4. Denkschrift über die Besatzungskosten gibt über die Ursachen und über die Art dieser gewaltigen Ausgaben im einzelnen genaueren Aufschluß.

Folgenschwere Explosion.

Mährisch-Ostrau, 12. April. Auf dem Gabrieler Schacht in Karwin ereignete sich bei der Vermauerung eines Flözes eine starke Explosion von Kohlengas im Innern des eingeschlossenen Flözteiles. Bei der Explosion kamen 13 Arbeiter und ein Aufseher ums Leben; 8 Arbeiter wurden schwer verletzt. Eine Kommission ist an die Unglücksstelle entsandt worden.

Mährisch-Ostrau, 14. April. Nach der vorgestrigen Explosion auf auf dem Gabrieleschacht in Karwin sammelten sich in dem betroffenen Schacht aufs neue Explosionsgase an, die sich gestern nachmittag entzündeten. Eine furchtbare Explosion erfolgte im Förderschacht Nr. 1, die die ganze Anlage des Förderturms vernichtete und in den umliegenden Kanzleigebäuden einen Brand verursachte. Alle umliegenden Gebäude (Kanzleien, Maschinenhäuser und Wohngebäude) wurden schwer beschädigt. Die Maschinen im Maschinenhaus blieben aber unversehrt. Auf große Entfernungen wurden durch den Luftdruck die Fensterscheiben zertrümmert. Menschenleben hat die gestrige Explosion nicht gefordert, doch wurden durch Glassplitter viele Personen verletzt. Die Möglichkeit einer neuen Explosion ist nicht ausgeschlossen. Der östliche Teil des Grubenfeldes ist in Brand geraten und wird überschwemmt. Die Gabriele-Grube, die der Berg- und Hüttengesellschaft gehört, hatte die größte Förderung von allen Gruben und lieferte über 200 Waggons Kohlen täglich. Die Förderung auf der betreffenden Grube ist für lange Zeit vollständig ausgeschlossen. Die Beamten und die Arbeiterschaft der Grube werden den übrigen der gleichen Gesellschaft gehörenden Gruben zugeteilt werden.

Unangenehme Zeugen.

Paris, 13. April. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, für das besetzte Gebiet die „Fliegenden Blätter" auf 3 Monate, die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und das illustrierte Blatt „Die Welt im Bild" auf 3 Monate, die in München erscheinende „Großdeutsche Zeitung" auf 1 Monat und die „Siegener Zeitung" auf 3 Monate zu verbieten.

Keine Abänderungen an dem Plan der Reparationssachverständigen.

London, 13. April. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" schreibt: Die Versuche, die leider in Paris gemacht wurden, Abänderungen an dem Plan der Reparationssachverständigen zu machen, verursachen einige Befürchtungen. Damit keine Mißverständnisse auf der anderen Seite über diesen Punkt entstehen, ist es gut, sich klar zu machen, daß weder auf amerikanischer, noch auf englischer Seite die geringste Absicht besteht, irgend eine Aenderung in Betracht zu ziehen. Es wird in dem Bericht vollkommen deutlich gesagt, daß die Vorschläge als Ganzes stehen und fallen und kein Feilschen zulassen.

Bologna, 13. April. Der Sachverständige Prof. Flora erklärte in einem Interview, die Entente werde niemals durch übermäßige Forderungen Deutschland zu Boden schlagen können, ohne gleichzeitig sich selbst zu ruinieren. Die Vorschläge der Sachverständigen zielten nur darauf ab, Deutschland bei der Stabilisierung seines Geldes, bei der Herstellung des Gleichgewichts seines Budgets und bei seinen Zahlungen für die Reparationen zu unterstützen, indem sie das Wirtschaftsleben von seinen Fesseln befreien und nicht unterdrücken wollten.

Zurückweisung französischer Einmischung in den Kiewer Prozeß.

Moskau, 12. April. Nach einer Meldung der Russ. Telegraphenagentur weist Tschitscherin namens der Sowjetregierung in einem Antworttelegramm an Poincare den Versuch der französischen Regierung, sich in den Kiewer Prozeß einzumischen, entrüstet zurück, einen Versuch, der den elementarsten Gepflogenheiten und der Achtung vor der Souveränität eines anderen Staates widerspreche. Auf der heutigen Stufe der inneren und äußeren Macht der Sowjetrepubliken werde die Sowjetregierung eine Verletzung ihrer souveränen Rechte keinen

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Die Leistungen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse erscheinen so enorm, daß die Frage erlaubt ist, ob die Kasse zur Bekanntgabe einer vergleichenden Aufstellung bereit ist, wie viele Personen sie vor dem Kriege beschäftigte und wie viele sie heute noch in Dienst hat; wie hoch sich die Verdienste vor dem Kriege stellten und was heute ausgegeben werden muß. Das liebe Publikum ist doch nicht wegen der Kasse, sondern die Kasse wegen des Publikums da und durch die Abtrennung der Invaliden- und Altersversicherung ist die Arbeit auch weniger geworden. E. S.

Togal-Tabletten

hervorragend bewährt bei

Gicht, Rheuma, Ischias, | **Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen**

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus
Klinisch erprobt.

In allen Apotheken erhältlich.

Bar. 64,3 Proz. Acid. acet. salic., 0,46 Proz. Chinin, 12,6 Proz. Lit., ad 100 Amyl.

Vorzüge der Zeitungs-Reklame!

Warum ist die Tageszeitung allen anderen Werbemitteln überlegen?

1. Die Tageszeitung wird von allen Bevölkerungsschichten gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt überall auf und wird täglich und stündlich von Hunderten und Tausenden an zahlreichen Verkehrs- und Gaststätten zur Hand genommen. Verbreitung und Gelesenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

2. Der Leser widmet selbst in dieser hastenden, flüchtigen Zeit der Lektüre seines Blattes ruhigste Aufmerksamkeit; seine Interessen sind mit den darin enthaltenen Nachrichten aufs engste verknüpft, und der Anzeigenteil namentlich vermittelt ihm in Angebot und Nachfrage die wichtigsten Anregungen.

3. Die Anzeigenbesteller haben die Gewißheit, daß sie mit ihren Anpreisungen die breitesten Schichten erreichen, die erste Voraussetzung für wirkliche Werbeerfolge.

4. Die Tageszeitung bringt schnell und pünktlich und in kurzen Abständen bis in das entlegenste Dorf und wird auch dort zur Trägerin lebendiger Werbekraft.

5. Jede Zersplitterung der Werbetätigkeit vermindert ihren Wert. Die Zeitungsreklame vermeidet solche. Erfolgsicher inseriert man im

Feldrennach.

Morgen Dienstag findet hier

Viehmarkt

statt. Die seuchenpolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Vieh und Händler aus verseuchten Ortschaften und vom Beobachtungsgebiet sind ausgeschlossen.

Wertvolle Geschäftsverbindungen mit den Auslandschwaben in aller Welt

vermittelt die Auslandswochenausgabe des Schwäbischen Merkur in Stuttgart. Lassen Sie sich im eigenen Interesse heute noch Kostenvoranschlag von der Geschäftsstelle in Stuttgart, Königstraße 20, zugehen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

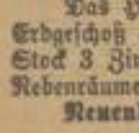
Augenblick zulassen. Der verbrecherische Charakter der in Kiew Verurteilten sei der französischen Regierung schon dadurch bekannt, daß sie für den französischen militärischen Geheimdienst tätig gewesen seien. Die französische Regierung nehme ihre eigenen Spione unter der Maske der Humanität in Schutz. Diese feindliche Handlung sei nur ein Glied in der Kette der anderen, wie sie die Sanktionierung der bessarabischen Annektion und die Verhinderung des Abkommens mit China darstellten. Die breiten Massen der Sowjetunion vergäßen nicht, welche Leiden und Verwüstungen die französische Intervention verursachte. Das Volk erkenne, daß die französische Regierung zum Unterschied von anderen Westmächten ihre feindliche Politik gegenüber den Sowjetrepubliken noch heute fortsetze. Die Sowjetregierung beachte aufmerksam das feindliche Verhalten der französischen Regierung, die Sowjetregierung sei jedoch überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes die französische Regierung schließlich zwingen werde, einen Weg vernünftiger Verständigung mit den Sowjetrepubliken einzuschlagen.

Um die Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

Washington, 13. April. Das Repräsentantenhaus hat die Bestimmung des Gesetzentwurfes betr. die Einwanderung, gegen die der japanische Botschafter protestiert hatte, weil sie den Japanern die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten praktisch unmöglich macht, angenommen. Ein Paragraph sieht vor, daß, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Ausländer nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden, wenn sie nicht die Vorbedingungen für die Erwerbung des amerikanischen Staatsbürgerrechts erfüllen. Das Repräsentantenhaus nahm den Vorschlag Johnsons an, in dem das Kontingent der jährlich nach den Vereinigten Staaten zuzulassenden Ausländer auf 2 Prozent festgesetzt wird. Als Grundlage der Berechnung dient die Zahl der Ausländer gleicher Staatsangehörigkeit, die in den Vereinigten Staaten bei der Volkszählung von 1890 ansässig waren.

Haus-Verkauf.

Aus der Konkursmasse des **Richard Jäck**, Schlossers und Kaufmanns in **Conweiler**, bringe ich dessen Grundbesitz in Conweiler:



4 a 56 m Wohnhaus, Holzhütte und Hofraum an der Hauptstraße mit 17 a 53 m Garten und Acker hinter dem Haus

am **Mittwoch, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus in Conweiler**

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.

Das Haus befindet sich in gutem Zustand, enthält im Erdgeschoß einen Laden, Waschküche und Keller, im ersten Stock 3 Zimmer mit Küche, im Dachstock 2 Zimmer und Nebenräume. Liebhaber sind eingeladen.

Neuenbürg, den 12. April 1924.

Konkursverwalter: Bezirksnotar Reuß.

Forstamt Enzklösterle.

Vergebung von Steinbrucharbeiten.

Die Arbeiten zur **Erschließung der Steinbrüche** im Sprollenwasen und beim Kohlhäusle werden unter Zugrundelegung der allg. und bes. Bedingungen der Forstverwaltung für Tiefbauten öffentlich vergeben. Die Voranschläge betragen für Grab- und Chaussierungsarb. 1340 bezw. 1635, für Betonierungsarb. 543 bezw. 1390 Mark. Schriftliche Angebote auf einen oder beide Steinbrüche **spätestens bis 22. April ds. Js., nachmittags 4 Uhr**, erbeten. Kostenvoranschlag und Pläne können im Geschäftszimmer des Forstamts eingesehen werden.

Aichelberg.

Brennholz-, Stangen- und Eichen-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde verkauft am **nächsten Mittwoch, den 16. April, nachm. 3 Uhr** auf dem Rathaus im öffentl. Aufstreich:

73 Rm. Prügel, 3 Rm. Rudr.,

Ebenso **Baustangen Ia Klasse 12 Stück,**

" Ib " 33 "

" II. " 44 "

Hagstangen III. " 18 "

zusammen **108 Stück.**

Desgleichen **4 Eichen** beim Meistern mit **3,80 Fm.** Liebhaber sind eingeladen.

Der Gemeinderat.

Birkenfeld.

Suche für sofortigen Eintritt tüchtigen, zuverlässigen und nüchternen

Pferdeknecht,

der in den umliegenden Dörfern, Gräfenhausen, Dietlingen, Schwann gut bekannt ist. Solche, die in Mühlen oder Mehlgroßhandlungen schon gefahren sind, werden bevorzugt.

Sonnenmühle, Telefon 5.

Königsbach.

Es ist wieder **ein Transport**

Arbeitspferde

bei mir eingetroffen, **leichten und schweren Schlags**, ich habe fortwährend Bestand in

Pferden aller Gattungen

Abraham Tiefenbronner, Telef. 18.

Markisendrelle

in versch. Farben, auch imprägniert,

Matratzendrell, Bettbarchent

empfiehlt vorteilhaft

Oskar Burghard

Zerrennerstr. 1—3 **Pforzheim** Telefon 163.

Spezialgeschäft für Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche, Vorlagen, Artikel für Innen-Dekoration.

Lungenkranke

ersuchen eine **Hamaker**. Auskunft erteilt **H. Maier**, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, **Pforzheim**, Fernruf 2218.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 15. April, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bausachen.
2. Elektrizitätswerk.
3. Uebernahme von Staatsstraßenstrecken.
4. Sonstiges.

Stadtschultheiß **Knodel.**

Mittwoch, 16. April, Vieh- und Schweinemarkt in Neuenbürg.

Neuenbürg.

Auf Karfreitag

empfehle

Ia. frischgewässerte

Stockfische

Carl Mahler, Telefon 61.

Dobel.

Einen leichten

Einspänner-Wagen,

gut erhalten, verkauft

Carl Traub.

Konto-Büchlein

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Pfannkuch & Co

Zur

Oster-Bäckerei:

Weizenmehl
Spezial-0
5 Pfund **83** Pfg.

Blütenmehl
5 Pfund **93** Pfg.

Schweineschmalz
garantiert rein
Pfund **75** Pfg.

Margarine
Pfund **60** Pfg.

Rosinen
Corinthen
Sultaninen

Grosse Posten

Ia. Arbeitshemden von **Mk. 3.50** an
Ia. Frauenhemden, farbig von „ **2.95** an
Hemdenflanelle, gestr. Mtr. „ „ **0.95** an
Sportflanelle Mtr. von **1.05** an

Erhard Kürble, Herrenalb,
Manufaktur-, Kurz- und Weisswaren,
Telefon 80.

Dillstein.

Gelegenheitskauf.

Eine **Garnitur (Sofa und 2 Sessel)** evtl. auch **4 Sessel**, sehr gut erhalten, im Auftrag zu verkaufen

Tobias Zundel, Sattlerei und Polstergeschäft.

Wiederverkäufer! Wirte!

kaufen Qualitätsware

in

Cigarren u. Cigaretten

nur bei

Adolf Schumacher, Stuttgart,
Militärstraße 88.

Solinger Stahlwaren,

Taschenmesser, Rasiermesser, Scheren, Bestecke u. dergl.

empfiehlt in reicher Auswahl

Besteckhaus P. Einsele,
Pforzheim.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg!

Neuenbürg, den 13. April 1924.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes Kind

Christoph

im Alter von 3/4 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer: Familie **Christoph Schleeh.**

Beerdigung: Dienstag mittag 3 Uhr.

Calmbach, 12. April 1914.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte

Anna Metzger

wurde Freitag abend von ihrem schweren Leiden erlöst.

Luise Metzger, geb. Keppler,
Forstmeisters-Witwe, Calmbach.
Marie Metzger, Berlin.
Otto Metzger, Dipl.-Ing., Berlin, mit Braut.
Hilde Klemm, Stuttgart.

Conweiler, 14. April 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Vaters, Groß- und Schwiegervaters

Wilhelm Klink

sagen wir allen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Calmbach.

Bin unter

Nummer 105

an das **Telefonnetz Wildbad angeschlossen.**

Gottlieb Seyfried Metzgerei beim Bahnhof.

In eigener Sache.

Die Sänger-Vereinigung „Freundschaft" verbreitete durch Anschlag und in öffentlichen Lokalen eine Aufklärung und Warnung, die sich in der Hauptsache mit der Person ihres früheren Dirigenten befaßt. Am Schlusse folgt wörtlich folgender Satz: „Da sich die Redaktion des „Enztäler" weigerte, obige Zeilen in seinem Blatte aufzunehmen, sind wir gezwungen, die Einwohnerschaft auf diesem Wege aufzuklären."

Wir haben dazu folgendes zu sagen: Dem Vertreter der Sänger-Vereinigung „Freundschaft", der uns das Inserat überbrachte, begründeten wir unsere Ablehnung wie folgt: **Nicht aus Antipathie gegen die „Freundschaft"** (wir haben wiederholt Beweise des Wohlwollens für die „Freundschaft" durch ausführliche Berichte erbracht), **aber nicht aus Sympathie für den früheren Dirigenten der „Freundschaft" oder den „Liederkranz" lehnen wir die Veröffentlichung selbst gegen Bezahlung ab, sondern um die Erregung der Gemüter nicht noch mehr zu verschärfen und um das friedliche Einvernehmen in unserer Stadt zu wahren, nicht zuletzt auch im Interesse der Sache des Männergesanges selbst."** Wir sind mit den Vorgängen wegen des leider nicht zustande gekommenen Zusammenschlusses beider Sänger-Vereinigungen aufs genaueste unterrichtet und wissen, daß auf allen Seiten Fehler begangen wurden, Fehler, über die man aber hätte bei gutem Willen hinwegkommen können, wenn man nicht das persönliche Moment vor das hohe Ideal eines einigen großen Gesangvereins gestellt hätte. Wir glaubten, im Sinne der Mehrheit der Einwohnerschaft zu handeln, wenn wir es vermeiden wollten, die bedauerliche Tatsache auch noch in der Zeitung durch gegenseitige Auseinandersetzungen breit zu treten. Wenn eine Druckerei am Platze durch Fertigstellung dieses Flugblattes anderer Anschauung war, so ist das eine Sache, in die wir uns nicht einmischen wollen.

Verlag „Der Enztäler".
D. Strom.